

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

1. Dezember 1949.

7/A

A n t r a g

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n, Ferdinanda F l o s s m a n n, H o r n
und Genossen,
betreffend Änderungen auf dem Gebiete der Einkommensteuer.

--

Der Nationalrat wolle beschließen:

Artikel 1.

§ 6 des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1947 (Einkommensteuernovelle 1947)
ist zu ändern wie folgt:

" Dienstnehmer, die

- a) nicht während des ganzen Kalenderjahres beschäftigt waren oder
- b) im Laufe des Kalenderjahres ein Einkommen aus Dienstbezügen in verschiedener Höhe erhielten, können einen Jahresausgleich in der einbehaltenen Lohnsteuer verlangen, wenn sich hiedurch eine Änderung der einbehaltenen Lohnsteuer von mindestens 5% ergibt."

Diese Vorschriften treten am 1. Jänner 1950 in Kraft.

Artikel 2.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

--

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Finanzausschuß zur geschäftsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Motivenbericht.

Durch die Einkommensteuernovelle 1947 ist der in den früheren österreichischen Einkommensteuergesetzen festgelegte Jahresausgleich für Einkommen aus Dienstbezügen zum Teil wieder eingeführt worden. Die Gewährung war jedoch auf Dienstverhältnisse beschränkt, die nicht während des ganzen Kalenderjahres ununterbrochen fortgedauert haben. Sie mußte ferner bei Anwendung des Ausgleichs ein um mindestens 10% niedrigeres Lohnsteuerausmaß haben als ohne diese Begünstigung.

Der Jahresausgleich ist jedoch bisher ungerechtfertigterweise einer anderen Gruppe von Dienstnehmern vorenthalten geblieben. Es handelt sich um

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

1. Dezember 1949.

jene Arbeiter und Angestellten, die zwar das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind, die aber nach der Art ihrer Arbeit Entlohnungen in verschiedener Höhe erhalten. Drängt sich diese arbeitsbedingte Steigerung ihres Einkommens auf eine oder mehrere Abrechnungszeiträume zusammen, dann geraten sie automatisch in eine Steuergruppe, für die ein höherer Steuersatz vorgesehen ist. Die zur Einkommensteuer veranlagten Selbständigen in der Wirtschaft legen ihrer Einkommensteuer das Jahreseinkommen zugrunde. Es werden daher bei ihnen Gewinnspitzen in einzelnen Wochen oder Monaten nicht mit einem höheren Satz besteuert.

Die derzeit geltenden Rechtsvorschriften benachteiligen die lohnsteuerpflichtigen Arbeiter und Angestellten auch auf diesem Gebiete, indem dieser Gruppe von Steuerpflichtigen ein Jahresausgleich bisher nicht gewährt wurde. An sich müsste der Jahresausgleich jedem lohnsteuerpflichtigen Dienstnehmer gewährt werden.

Lediglich zur Vermeidung eines unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwandes, der letzten Endes ebenfalls von den Steuerpflichtigen getragen werden müsste, kann einer Begrenzung für die Gewährung des Jahresausgleichs zugestimmt werden. Es ist jedoch unbillig, diese Grenze mit 10% der Differenz zu bemessen wie bisher.

In Zukunft soll der Anspruch auf Gewährung des Jahresausgleichs bereits geltend gemacht werden können, wenn die Differenz zwischen der Summe der in den einzelnen Zeitabschnitten eines Jahres bereits bezahlten und der auf das ganze Jahr umgerechneten Lohnsteuern mehr als 5% betragen würde.

Für Dienstnehmer mit ununterbrochenem Dienstverhältnis war die Gewährung eines Jahresausgleiches bereits vorgesehen. Für die übrigen Dienstnehmer soll diese Möglichkeit erstmalig für das Jahr 1949 durchgeführt werden.

-.-.-